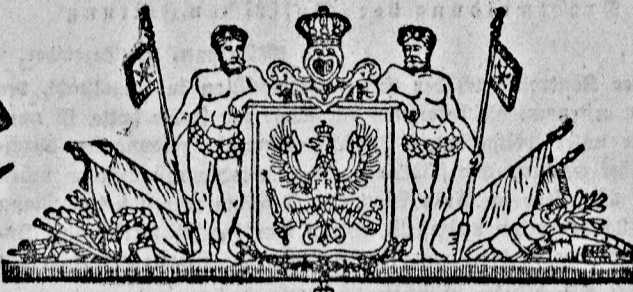


Vossische



Zeitung

Gegründet

1704

20 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit
Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Eibau, Berlin, Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600 — 3663; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3636 — 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 650.

Die neuen deutschen Vorschläge.

Drei Entwürfe.

Die Besprechungen zwischen Reichskanzler, Außenminister und Wirtschaftsminister mit den Vertretern der Industrie, der Finanz des Handels und der Landwirtschaft über die neuen deutschen Vorschläge, die der Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten in Paris Anfang Januar vorgelegt werden sollen, sind soweit gediehen, daß heute mittag das Reichsministerium zusammentreten konnte, um auf Grund der gutachtlichen Äußerung der Sachverständigen die ungefähren Richtlinien dieses neuen Vorschlags zu skizzieren.

Daß das Reichskabinet heute schon zu endgültigen Beschlüssen kommt, wird nicht angenommen; denn ebenso wie die Sachverständigen aus der Industrie, der Finanz und dem Handel, sollen auch noch die Führer der Parteien um ihre Meinung befragt werden. Der Außenminister, der Wirtschaftsminister und der Finanzminister werden heute nachmittag einzelne Führer der Parteien empfangen, um ihre Meinungen zu hören. Denn der Reichsregierung liegen, wie man hört, verschiedene Entwürfe vor.

In politischen Kreisen wird angenommen, daß der erweiterte Vorschlag für die Pariser Konferenz zwischen den Feiertagen, also etwa Mitte nächster Woche, seine endgültige Form erhalten werde.

Die „Anregungen“ in Paris.

Das Reutersche Büro gibt nunmehr über die amerikanischen Anregungen, die durch den französischen Botschafter in Washington nach Paris übermittelt wurden, folgende Darstellung:

Der französischen Regierung sei durch den französischen Botschafter in Washington gewisse unformelle Anregungen gemacht worden. Es sei nicht bekannt, welcher Art diese Anregungen seien; indessen werde als wahrscheinlich angenommen, daß sie eine nochmalige Einberufung des internationalen Bankierkomitees befürworten, das bereits einmal in Paris getagt hat. Obwohl das Komitee unter den gegebenen Umständen zu jener Zeit nicht in der Lage gewesen sei, eine Möglichkeit für die Bewilligung einer Anleihe an Deutschland zu sehen, wird angenommen, daß die damaligen Verhältnisse sich gegenwärtig geändert haben, und daß, wenn das Bankierkomitee nochmals zusammentritt, eine Lösung der gegenwärtigen Stockung gefunden werden könnte. Diese versuchsweisen Vorschläge seien natürlich zunächst der französischen Regierung gemacht worden, da die Haltung der britischen Regierung bereits wohlbekannt sei.

Die Radio-Agentur will in Washington erfahren haben, daß die amerikanische Regierung entschlossen ist in Paris offiziell anzufragen, welche äußeren Zugeständnisse in präzisierter Form Frankreich bereit sei, bei einer Ordnung der Reparationsfragen zu machen.

Amerika sekundiert London.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

c London, 22. Dezember.

Jules S. Barnes, der Präsident der Handelskammern in den Vereinigten Staaten, hat gestern eine Erklärung abgegeben, die besagt, daß die Gerichte über eine amerikanische Intervention bereits eine bemerkenswerte Bewegung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Europas hervorgerufen haben. Man schreibe mit Unrecht Dr. Cuno zu, diese Bewegung hervorgerufen zu haben. Der Präsident der Handelskammern erklärte, daß er jede Aktion der amerikanischen Regierung bezüglich der europäischen Angelegenheiten unterstützen werde und daß es natürlich sei, daß alle wirtschaftlichen Organisationen der Welt um amerikanische Unterstützung ersuchten. Amerika hätte sich anfangs geweigert, an den Entschädigungen teilzunehmen. Es habe also kein egoistisches Interesse an der Reparationsfrage. Barnes schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, Amerika glaube, daß man den Frieden in der Welt herstellen könne, sobald man eine Lösung der Reparationsfrage gefunden habe. Es sei ganz natürlich, daß die Vereinigten Staaten mit den Alliierten zusammen versuchten, zu einem Einverständnis zu kommen.

mp Rom, 22. Dezember 1922.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Popolo d'Italia“ bekannte der deutsche Minister des Auswärtigen, v. Rosenbergs, daß Deutschland bereit sei, entsprechend der Zusage beim Waffenstillstand bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit zu zahlen. Die Zustände hätten sich jedoch derart verschlimmert, daß Deutschlands Lage hoffnungslos sei, falls die Hilfe und das Vertrauen der Weltfinanz ausbleibe.

Bezüglich Russlands dementiert Rosenbergs erneut alles Gerücht über bestehende Geheimverträge. Die Beziehungen zwischen Italien und Deutschland nannte Rosenbergs gut. Die Deutschen seien Ita-

lien dankbar, daß die Kaufleute dort ungehindert ihren Geschäften nachgehen könnten. Die Verlängerung des provisorischen Handelsabkommens Ende Februar trage zur wirtschaftlichen Annäherung bei. In Mussolini sehe man einen Mann von außergewöhnlicher Kraft, Aktivität, Zielbewußtsein und Patriotismus. Es sei wünschenswert, daß er sein ideales Ziel, die Größe Italiens, die auch gleichzeitig ein entscheidender Faktor für die Befriedung und den Wiederaufbau Europas sei, erreiche.

Englands Schuldenpolitik.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

wi Paris, 22. Dezember.

Die gestrige Senatsdebatte hat den Eindruck verstärkt, daß eine gütliche Regelung der Reparationsfrage möglich ist. Der Plan einer Befreiung des Ruhrgebietes, in welcher Form es auch sei, wird definitiv aufgegeben, da die Mehrheit von Kammer und Senat dagegen ist und auch Poincaré viel mehr Nachteile als Vorteile davon erwartet.

Die größte Schwierigkeit besteht nach Auffassung der französischen politischen Kreise zurzeit in dem Umstand, daß die englische Zustimmung zur Streichung von interalliierten Schulden von der endgültigen Regelung der Reparationsfrage durch Festsetzung der deutschen Schuld abhängig gemacht wird. Man empfindet es hier als einen großen Fortschritt, daß England jetzt grundsätzlich bereit ist, an die Schuldentilgung ohne Rücksicht auf Amerika heranzutreten. Aber der endgültigen Festsetzung der deutschen Schuld widerstrebt Frankreich, weil jede von der französischen Regierung genannte Ziffer immer, wie man bemerkt, die Beteiligten stets zu hoch erscheinen und die Möglichkeit einer großen internationalen Anleihe ausschließen würde, während die Herabsetzung der deutschen Schuld nach dem Wunsch der internationalen Finanziers in Frankreich als Ungerechtigkeit aufgefaßt würde, weil sie nach der hier vorherrschenden Ueberzeugung dem deutschen Volk die Möglichkeit geben würde, Frankreich in relativ kurzer Zeit an Wohlstand zu überflügeln. Dies vor allem betonte gestern der frühere Finanzminister Francois Marsal, dessen Rede besondere Beachtung gefunden hat, weil er als Willerrands Sprachrohr im Senat gilt. Die gleiche Auffassung vertritt Lardieu.

Auch neue deutsche Vorschläge werden von Frankreich als unannehmbar erklärt werden, wenn sie nicht neben der Zahlung einer bestimmten Summe für den Wiederaufbau in irgendeiner Form die Möglichkeit vorsehen, daß Frankreich an einer etwaigen Zunahme des deutschen Reichtums für eine gewisse Zeitdauer automatisch beteiligt und die Nennung einer Gesamtsumme auf diese Weise vermieden wird. Es würde auf französischer Seite lebhaft begrüßt werden, wenn Deutschland selbst produktive Pfänder, deren Ertrag nur im Falle der Nichterfüllung in Anspruch zu nehmen wäre, zur Verfügung stellen könnte. Trotz aller offiziellen Versicherungen von den geringen Erwartungen, die das amtliche Frankreich auf die angekündigten deutschen Vorschläge setzt, scheint man diesen hier doch mit ziemlich großen Hoffnungen entgegenzusehen. Dabei ist allerdings zu beachten, daß manche Leute der Ansicht sind, auch die neuen deutschen Vorschläge würden derart unzureichend sein, daß England dadurch endgültig von der Notwendigkeit eines scharfen Vorgehens gegen Deutschland überzeugt werden würde.

Der Meinungsaustrausch zwischen Paris und London scheint tatsächlich in Erwartung der deutschen Vorschläge suspendiert zu sein, da er nach französischer Auffassung zwecklos ist, so lange die Verbündeten über die Absichten Deutschlands nicht unterrichtet sind. Das Interesse für die amerikanischen Pläne tritt in hiesigen unterrichteten Kreisen zurzeit ganz zurück. Alles deutet darauf hin, daß die Entscheidung in Berlin fallen wird und daß Weiteres in erster Linie von den Beschlüssen Deutschlands abhängt.

New York, 22. Dezember. (E. E.)

Das amerikanische Staatsdepartement erhielt die Nachricht aus Paris, daß Frankreich keinerlei Plan zur vorzeitigen Befreiung des Ruhrgebietes im Januar ausarbeite. Staatssekretär Hughes wurde aus Paris verständigt, Frankreich wolle keine praktischen Maßnahmen in der Reparationsfrage ergreifen, bevor die gegenwärtigen Verhandlungen unter den Alliierten abgeschlossen seien.

Die Waffen der Nationalsozialen.

Aus sozialistischer Quelle verlautet, daß bayerische Nationalsozialisten, die früher der Reichswehr angehörten, auf Grund von Reichswehrausweisen, in deren Besitz sie widerrechtlich noch waren, den Truppen der Reichswehr Waffen entlockten, um diese ihren Parteigenossen, den deutschen Faschisten, zuzuführen. Wie wir von zuständiger Stelle hören, ist tatsächlich eine Untersuchung über Diebstähle von Waffen aus dem Besitze der Reichswehr im Gange. Es scheint, daß diese Waffen an die Nationalsozialisten verschoben worden sind.

Die Moskauer Konferenz.

Von
H. Brud,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Moskau, 14. Dezember.

Aus den ehemaligen russischen Gouvernements hatten sich am westlichen Rande des jetzigen Russlands auf Grund des von der Revolution proklamierten Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Nationen neue Staatsorganismen gebildet, die vom Anfang an ihrem mächtigen Nachbar gegenüber eine wenig freundliche Politik einschlugen. Das Mißtrauen, das sie gegen Rußland hegten, mag wohl historischen Ursprungs sein: Argwohn gegen den benachbarten Riesen war schon seit jeher eine Art Tradition bei den kleinen Völkern, die nunmehr ihre eigenen Staaten bewohnen. Da sie jedoch zu klein und schwach sind, um eine selbständige auswärtige Politik zu treiben, so mußten sie sich nach einer sicheren Stütze umsehen, und glaubten nun eine solche in dem Völkerbund gefunden zu haben. Da dieser Rußland gegenüber nicht eben ganz vorurteilsfrei ist, wirkt sein Einfluß auf die jungen Staaten keineswegs günstig.

Wirtschaftlich sind aber die Randstaaten in mancher Hinsicht auf Rußland direkt angewiesen: hier finden sie einen umfangreichen, leicht zugänglichen und bequemen Absatzmarkt für die Erzeugnisse ihrer Industrie sowie die nächste Bezugsquelle für die nötigen Rohstoffe. Für den Transit nach Rußland arbeiten mit großem Vorteil ihre Eisenbahnen und ihre Schifffahrt.

Ganz also verderben mit Rußland dürfen die Randstaaten es nicht. Sie müssen vielmehr immerzu zwischen Sowjetrußland und dem Völkerbund pendeln, und sie scheitern bei jeder Entscheidung irgendeiner politischen Angelegenheit nach beiden Seiten.

Diese eigentümliche Stellung der Randstaaten kam im Verlaufe der eben geschichteten Moskauer Abrüstungskonferenz sehr deutlich zum Ausdruck und hat auch zum großen Teil das Mißgelingen der Konferenz verursacht.

Als am 24. Juni d. J. — es war gegen Ende der ebenso erfolglosen genuinistischen Konferenz — Herr Tschitscherin seine bekannte Einladung zu einer Abrüstungskonferenz nach Moskau an die Randstaaten erließ, wußten diese überhaupt nicht, wie sie sich dazu verhalten sollten. Die Schwankungen und Beratungen dauerten sehr lange. Es verflossen mehrere Monate, ohne daß man sagen konnte, ob die Konferenz zustande kommen würde.

Von einer Abrüstung wollten die einflußreicheren Ratgeber der Randstaaten offenkundig nichts wissen; andererseits aber konnten die Randstaaten die Aufforderung Russlands nicht ohne weiteres abschlägig bescheiden.

Nach langem Hin und Her wurde endlich ein glänzender Ausweg gefunden: Die Konferenz sollte stattfinden und die Friedfertigkeit der Randstaaten bezeugen; eine materielle Abrüstung sollte jedoch unbedingt vermieden werden. So wurde es an der Vorkonferenz der Baltischen Staaten im September in Reval beschlossen, und so wurde es in Moskau vollzogen.

Von den eingeladenen Staaten hatte nur Rumänien den Mut, die Einladung abzulehnen und der Konferenz — infolge schwebender Differenzen mit Rußland wegen Bessarabien — fern zu bleiben und die Vertretung der rumänischen Interessen auf der Konferenz Polen anzuvertrauen.

Dieses Fehlen des mächtigsten und gefährlichsten Nachbarn war schon an sich kein günstiges Symptom; dazu kam noch, daß Polen als Verbündeter Rumaniens sich nicht frei fühlte und auf bestimmte formelle Verträge, die wohl kaum eine Abschwächung der Militärmacht zulassen, Rücksicht nehmen mußte.

Wenn aber Rumänien und Polen nicht abrüsteten, so ist es mit der Abrüstung der Randstaaten aus, und daher mußte die Moskauer Konferenz erfolglos bleiben. Dies war schon am ersten Konferenztag klar, als die Vertreter Estlands, Finnlands, Lettlands und Polens es rundweg ablehnten, in eine Besprechung über Verminderung der Armeen und Herabsetzung der militärischen Ausgaben einzutreten, und lediglich über eine „moralische“ Abrüstung beraten wollten. Wenn die Konferenz trotzdem zehn Tage dauerte, so ist es in erster Reihe den Bemühungen der russischen Delegation zuzuschreiben, die sich bestrebt zeigte, irgendwelche praktische Resultate zu erzielen.

Als Litwinow am 2. Dezember, in Vertretung des in Lausanne weilenden Tschitscherin, die Moskauer Abrüstungskonferenz eröffnete, erklärte er, Rußland sei bereit, auf der Basis der Gegenseitigkeit die weitestgehende Verkürzung seiner Armee (bis 75 v. H. des jetzigen Bestandes) vorzunehmen. Darauf erwiderten die übrigen Delegationen und deren Wortführer Fürst Radziwill (der polnische Delegierte), die Konferenz müsse zuerst die Vorbedingungen für ihre materielle Abrüstung schaffen: es sollen zunächst Verträge über Garantien gegen Ueberfall, sowie über Schiedsgerichte ausgearbeitet werden, die die für eine Abrüstung notwendige friedliche Atmosphäre vorbereiten sollen.

Die russische Delegation vertrat dagegen den Standpunkt, daß eine materielle Abrüstung vorangehen müsse, sonst würde die „moralische“ keine wirklichen Garantien bieten.

Endlich hatte man einen Ausgleich gefunden: es sollten zuerst die Bestimmungen über eine „moralische“ und nachher